

Pfuscher und Pfleger

Die Amnestie lief 2007 aus, bis jetzt sind erst 400 der ausländischen Betreuerinnen angemeldet: Der Weg in die Legalität bereitet Probleme.

Schwester Brigitte ist sauer. Die aktuelle Situation nennt sie gar einen „Albtraum“. Zwar müht sich der Verein Pflegende Hände seit Monaten, seinen Schützlingen das neue Hausbetreuungsgesetz näherzubringen, seit die Amnestie für illegale Pfleger Ende 2007 ausgelaufen ist, lähmt dennoch Unsicherheit den Betrieb. Auch andere Rund-um-die-Uhr-Pflegermittler klagen.

Nicht etwa, weil – wie von manchen befürchtet – die meist unangemeldeten Pflegekräfte aus der Slowakei oder Tschechien aus Angst vor Strafen nicht mehr nach Österreich kämen. Die wenigen, die auch weiterhin schwarzarbeiten wollen, werden dies tun, meint Marta Kopka vom Seniorservice: Die österreichischen Auftraggeber müssten im Fall des Falles die Verwaltungsstrafe in Höhe von 3600 Euro zahlen, erklärt sie, „das wissen die Pflegerinnen, es gibt ihnen Sicherheit“. Die meisten Pflegekräfte seien froh, aus der Schmutzdecke der Illegalität zu kommen, meint Andreas Drescher vom Hausbetreuungsverein St. Elisabeth. Dennoch sind erst 400 von ihnen angemeldet, also nur ein Prozent der rund 40.000 Betreuerinnen. Es ist der Weg in die Legalität, der Probleme bereitet.

Zwar versuchen die Vereine ihren Pflegekräften durch den österreichischen Behördenschwungel zu helfen, doch ist es damit bei Weitem nicht getan: Die Pflegerinnen müssen mehrere notariell beglaubigte Dokumente vorlegen – vielen fehlt jedoch das Geld für den Notar, erklärt Schwester Brigitte.

Auch die ständige Debatte, ob die Amnestie nicht verlängert werden solle, sorge für Unsicherheit und Frust. Nicht nur bei den Pflegerinnen, vor allem bei den Betreuten.

Oft müssten die Kinder die Anmeldung der Pflegekräfte übernehmen. Bei 95-jährigen Pfinglingen sind diese nicht selten selbst 70 Jahre alt und mit dem Papierwerk überfordert. Und die Enkel zu weit weg, um die Behördenwege zu übernehmen.

Auch die Kosten schrecken viele Familien ab, ihre Betreuer anzumelden: Etwa 2000 Euro monatlich kostet legale Rund-um-die-Uhr-Betreuung. Das von der Pflegestufe abhängige Pflegegeld deckt diese Ausgaben bei Weitem nicht – zudem verlor es in den vergangenen Jahren wegen fehlender Erhöhungen rund 14 Prozent an realer Kaufkraft. Zwar fördert der Bund die legale Pflege nun noch zusätzlich mit 250 Euro monatlich (Niederösterreich und Vorarlberg haben den Betrag verdoppelt), vor allem Familien mit wenig Einkommen kommt die illegale Pflege trotzdem billiger. Nur bei Besserverdienern wirkt sich die steuerliche Absetzbarkeit der Betreuungskosten aus – das legale Modell ist so für sie günstiger, selbst wenn sie keinen staatlichen Zuschuss erhalten.

Förderung hin oder her, illegale Pflege werde es auch weiterhin geben, ist sich Schwester Brigitte sicher: „Jeder Häuselbauer ist froh über einen Pfuscher. Warum soll es bei der Pflege anders sein?“

Martina Lettner



Marta Kopka, Seniorservice
Slowakische Pflegerinnen,
die schwarzarbeiten wollen,
werden dies auch weiterhin tun

MICHAEL RAUSCH-SCHOTT